

Die „Vorwärts“...
Verantwortlich: Hans Nordenskiöld

Interessante...
Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

STREIFPIF

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Opfer des Standrechts.

Der Schrecken des Standrechts.

Die standrechtlichen Erschießungen in Berlin haben eine schreckliche Höhe erreicht. Nicht alle Fälle werden der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Die Militärjustiz arbeitet still im Dunkeln und schleudert Opfer auf Opfer in den Abgrund. Nach einer ungefähren Zusammenfassung sind bisher erschossen worden:
Am Sonnabend, den 9. März, noch bevor das Standrecht verkündet war, fünf Personen in der Krautstraße.
Am Sonntag, den 10. März, geben die Berichte der amtlichen Stellen keine genaue Ziffer an; es wird allgemein von einer größeren Anzahl Erschossener gesprochen.
Am Montag, den 11. März, sind nach einem Bericht des Lokalanzeigers über 100 Personen dem Standrecht zum Opfer gefallen.
Am Dienstag, den 12. März, wurden 24 Matrosen in der Französischen Straße erschossen.
Am 12. März wurden in der Rüdenicker Straße 34 „Spartakisten“ das Leben lassen. Aus Lichtenberg wurden am gleichen Tage fünf Erschießungen gemeldet.
In Potsdam sind bisher im ganzen sieben Erschießungen bekannt geworden. Eine weitere Anzahl Gefangener traf im Volkshospital Berlin das Todesurteil. Außerdem erreichte im Zellengefängnis Moabit zwei „Spartakisten“ die tödliche Angel. Im ganzen belaufen sich die zahlenmäßig gemeldeten der standrechtlichen Erschießungen auf 177. Wohlgemerkt: nur die zahlenmäßig gemeldeten Opfer. Die militärischen Stellen haben ein großes Interesse daran, nicht alle Fälle der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Die Truppen haben ja vollständig freie Hand. Wer mander ist in diesen Tagen niedergelassen worden, lediglich weil er Mitglied der Kommunistischen Partei war. Solche Erschießungen sind bei der Vorlesung der Truppen anempfiehlt worden. Denn die militärischen Stellen wollen bekanntlich, nach einem Ausspruch des Majors Hammerlein, ganze Arbeit machen.

Und es wird „gründlich“ gearbeitet. Die Zahl der gemeldeten Opfer des Standrechts beweist diese Arbeit und mehr noch wird sie bewiesen durch die Zahl der nicht gemeldeten Opfer, die natürlich noch bedeutend größer ist.
Diese Sturarbeit muß aber endlich aufhören. Außerdem ist den militärischen Stellen die Pflicht aufzuerlegen, die Zahl der Gesamterrschießungen zu melden. Wenn die Regierungstruppen planen, nach Recht geordnet zu haben, dann dürfen sie sich nicht scheuen, der Öffentlichkeit bekannt zu geben, wieviel Menschen dieser „Rechtsjustiz“ zum Opfer gefallen sind.

Der militärische Münchhausen.

Die bekannten amtlichen Stellen, die das „einwandfreie“ Material über die Vorgänge in Lichtenberg parat haben, berichten auch zu wiederholten Malen, daß sich die Zahl der in Lichtenberg kämpfenden Aufständigen auf 20 000 bis 30 000 Mann belaufe. Diese Nachricht war von Anfang bis zu Ende erdichtet, um den großen Aufwand an Regierungstruppen und die von ihnen angerichteten Verwüstungen durch Artillerie- und Minenbeschüsse zu rechtfertigen. Außerdem wollten die Herren natürlich zeigen, wie notwendig ihr Weibeln in Berlin ist.

Der Oberbürgermeister von Lichtenberg, Herr Kleben, der den Kämpfen in nächster Nähe zugegen war, gibt bekannt, daß der Kern der Aufständigen nicht über 300 Mann stark gewesen sei. Das ist in sich erhellend. Denn wo sollten die 20 000 bis 30 000 Aufständigen, von denen der militärische Münchhausen berichtet, untergebracht gewesen sein! Wie sollen sie sich während der achtstündigen Kämpfe verhalten und proviantiert haben? 30 000 Aufständige in Lichtenberg, das hieße, daß die Straßen dieses kleinen Ortes dauernd von einer Menschenmenge überflutet gewesen wären. Wer aber während der Kämpfe in Lichtenberg war, sah nur hin und wieder ein paar Köpfe in den abseitsverrennenden Straßen.

An der gleichen Stelle ist über die von Aufständigen zur Verfügung stehenden Artillerie gelogen worden. Der amtliche Bericht konnte bisher nur die Existenz eines Minenwerfers melden. Es ist nicht einzusehen, warum sie eine größere Beute an Geschützen, wäre diese tatsächlich gemacht worden, verschwiegen haben. Am Wenigsten: es sind so wunderliche Sündenberichte verbreitet worden, daß eine größere Geschützbeute recht schön in die militärischen Stimmungsbilder hineingepaßt hätte.

Es bleibt also die Tatsache bestehen, daß man gegen eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Aufständigen insgesamt mit einem ungeheuren Aufwand an Artillerie, Minenwerfern und Fliegerbomben gekämpft hat. Ungeheure Verwüstungen sind in den von den Kämpfern betroffenen Straßen durch die

Beschädigung angerichtet worden. Viele unschuldige Menschen büßten durch verirrte Granaten und Minen das Leben ein. Mehr noch wurden durch die Beschädigung mehr oder minder schwer verwundet. Und um das alles zu rechtfertigen, vertausendfacht man die Zahl der Aufständigen, erdichtete man paraktische Minenwerfer und Geschütze, denen man die angerichteten Verwüstungen zuschob.

Es ist während des Krieges viel gelogen worden. Aber nie so viel, wie von den „amtlichen Stellen“ während der Revolutionskämpfe in Berlin.

Die Opfer.

Eine Berliner Korrespondenz meldet: Die Zahl der bei den Unruhen in der letzten Woche verletzten Personen ist erschreckend hoch. Soweit sich bisher feststellen läßt, sind nahezu 1000 Zivilpersonen bei den Kämpfen verletzt worden. Das städtische Rettungswesen gewährte vom 6. bis zum 13. März 562 Männern, 72 Frauen, 19 Kindern, die Schutzverletzungen erlitten hatten, die erste Hilfe auf seinen 17 Rettungshelmen. 56 Personen wurden tot eingeliefert. Im Krankenhaus Friedrichshagen fanden 518 Personen Hilfe, darunter 52 Militärpersonen. In dem Hospital verstarben 158 Personen, darunter 14 Soldaten. Bei 12 Toten konnten die Veranlassungen noch nicht festgestellt werden. Im Augusta-Biktorien-Krankenhaus in Lichtenberg wurden 35 Personen behandelt, von denen 5 verstarben. Außerdem wurden am gestrigen Donnerstag 5 Männer eingeliefert, die bis dahin in einem von den Spartakisten in der Volkshospital eingerichteten Lazarett behandelt worden waren. Im Rudolph-Birchow-Krankenhaus liegen 36 Männer und 5 Frauen an Schutzverletzungen, 3 Personen sind gestorben. Die Charité hat während der Unruhen 10 schwerere Fälle behandelt. Im Lazarus-Krankenhaus wurden 20 Personen eingeliefert, von denen 2 Frauen, 3 Männer und 2 Kinder verstarben. In das städtische Krankenhaus Lichtenberg wurden 35 Männer eingeliefert, sowie 10 Tote, die bisher noch nicht rekonvalesziert worden sind. Das Krankenhaus Westend in Charlottenburg hat 30 Verwundete aufgenommen, von denen zwei verstarben sind.

Die Mehrzahl der Opfer ist auf die völlig sinn- und planlose Schießerei der Regierungstruppen zurückzuführen. Fliegerbomben, Artillerie und Minenwerfer haben ihre größten Verheerungen nicht unter den Aufständigen, sondern unter den unschuldigen Männern, Frauen und Kindern angerichtet.

Wilhelm II. und Koste.

Die „Post“ schreibt in einer Polemik gegen den „Vorwärts“: Herr Koste weiß, wie man Rebellen zum Schweigen bringt. Wilhelm II. wäre noch heute Deutscher Kaiser, wenn er nicht Reichmann Hollweg, sondern Koste an seiner Stelle gehabt hätte.

Herr Koste wird es sicher bedauern, daß die „Post“ seine Fähigkeiten nicht schon vor dem 9. November erweist hat.

Keine Verdrehung!

Der „Vorwärts“ sucht sich wegen seiner Berichterstattung, die sich vollständig in den Dienst Koste's und des Ehen-Hotels gestellt hat, mit der Verlegenheitsphrase herauszuhebeln, er könnte es und nur recht machen, wenn er über alle Spartakus-Fälle den Monat Aprilscherz-Menschenbebreiende, die Regierungstruppen aber, die im Kampfe gegen Bländerer sich die Knochen zerbrechen lassen, schonungslos angeheißt.

Das ist bewußte Verdrehung. Es handelt sich darum, daß der „Vorwärts“ die schillmüssen Greuelnachrichten nicht nur verbreitet, sondern strupellos ausgeglichenet und damit zur Erregung der Postgenossenschaft und der Verhängung des Standrechts das meiste beigetragen hat. Er tat dies, obwohl er wußte, daß diese Nachrichten von derselben Stelle herrührten, die auch die Lügen über die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs fabriziert hat. Er sucht heute noch all diesen Redungen weite Verbreitung zu geben. Dagegen verschweigt er geflissentlich alles, was ihm seine Feier und Vorteilgenossen über das Vorgehen der Truppen berichten. Der „Vorwärts“ hat bis zur Stunde kein Wort über das Wüten des Standrechts gesagt, mit keinem Worte seine Aufhebung verlangt. Er ist der journalistische Helfershelfer nicht nur Koste's, sondern der Garde-Schützen-Kavallerie-Division.

Wir denken, das genügt und dies um so mehr, da ja die Redaktion jetzt Tag für Tag von ihren eigenen Parteigenossen die verdiente Ohrfeige bekommt.

Koste, der Potsdamer.

Die „Basler Nationalzeitung“ wußte unter dem obigen Titel die nachstehenden Ausführungen, die schon deshalb recht interessant sind, weil sie zeigen, zu welchem Urteil ein bürgerliches Blatt von einem wirklich demokratischen Standpunkt aus gelangen muß. Doch wir einigen Urteilen nicht zustimmen können, ändert nichts an der Richtigkeit der wesentlichen Aufstellungen.

Reichswehrminister und Genosse a. D. Koste erringt Sieg auf Sieg im Bürgerkrieg; doch diese Siege haben mit jenen seines Vorgängers Ludendorff das Gemeinsame, daß sie jeder Beweisskraft entbehren und von erschreckender Ergebnislosigkeit sind. Koste marschiert einmal in Düsseldorf ein, befehlt ein anderes Mal Vortrupp, will jetzt Spartakus, der sich in Mitteldeutschland streifend und wohl auch plündernd konzentriert hat, von drei Seiten einkreisen. Aber der Lorbeer von Cannä und der rasker verweilt von den Kasurischen Seen wird dem Leiter der deutschen Kriegsmacht von 1919 kaum grünen. Denn, wenn keine Soldaten auch irgendein einmarschieren und stürmen und die Entwaffnung selbst durchzuführen vermögen, so fordert dafür sofort an anderen Stellen des Reiches der Aufrührer wieder auf, kein Sieg kässil Arbeitstun und Koble.

Selbstverständlich ist es bei der jetzigen Verwirrung mehr als sonst notwendig, daß irgendwo Schutz vor Gewalt und Plünderungen gegeben ist, wobei im Vorbeigehen bemerkt sein mag, daß der Schutz durch die Koste'schen nur recht unvollkommen ist, weil auch sie das Bsteren kleine, mit dem bisher geltenden Strafgesetzbuch nicht ganz übereinstimmende Veränderungen ihrer Vermögenslage zu ihren Gunsten nicht verschmähen und auch nicht Reiz bloß überzeugende und sonst überredende Worte gebrauchen.

Doch der eigentliche Schutz liegt natürlich nie in der Gewalt allein, sondern in dem Bewußtsein aller Staatsgenossen, die den gegenwärtigen Stand der Dinge anerkennen. Das ist jedoch in Deutschland nicht der Fall, und kein Bifferspiel der Wahlen, keine Mehrheit und keine Gewalt helfen darüber hinweg. Niemand wird verkennen, daß die deutsche Regierung es nicht leicht hat und daß ihr von nirgendwo gebilligt wird als von den Junkern, Militaristen und Nationalisten. Die Entente glaubt ihr nicht, liefert noch nichts, stellt neue Forderungen auf; die Volksmassen entfernen sich von Regierung und Mehrheitsparteien, und ein gewiß unverdächtig Zeug wie der „Vorwärts“ bringt einen warnenden Aufruf „Gewitterstimmung“. Während jedoch die letzten Demokraten und Sozialisten, die noch hinter den Ebert, Scheidemann und Koste standen, nach links zu den Unabhängigen wandern, feiern die Wortführer der äußersten Rechten den Genossen Koste als von wahren Potsdamer Geistes durchdrungen. Solche beschämende Anerkennung wurde tatsächlich dem ersten angeblüh sozialistischen Kriegsminister der deutschen Republik zuteil und sollte nicht vergessen werden; denn sie erklärt vieles. Am Ende wird sie nichts ändern; auch in dieser seiner neuesten Form wird Potsdam geschlagen werden; Ludendorff-Erbe wird ebensowenig dauernd Glück haben wie der echte Ludendorff.

Gleich wie die Vertreter des alten Preußen und alle für ihr Portemonnaie Bitternden in Koste den Kettler sehen, wird er dafür von den Extremen gläubend gehalten. Er hat sich zweifellos mit einem gewissen Eifer eines interessierten Dilettanten in den Bürgerkrieg gestürzt, er hat dabei als Helfer die Offiziere, Junker und Menschen des alten Preußens, die Potsdamer, und so verwickelt sich unter seiner Hand notgedrungen alle Konflikte; denn er will seine Macht zeigen, er, Koste, der jetzt Truppen dirigiert, Leute einberuft, Städte erobert und Einverleibungen entwirft.

Dabei fühlen die Arbeiter: ein Unrechter, ein Ueberläufer, und dies läßt sie auch dort widerstehen, wo er sächlich Recht hat und wo man ohne weiteres ihm zustimmen möchte. In allem, was er tut, ist jenes zuviel, jene unsichere Wildheit des Unvorsinnlichen, der zu Leuten kam, die früher von ihm entfernt waren und der dafür entworfen ist. Der ehemalige Arbeiter Koste, der später von der Partei lebte, war während des Krieges dem deutschen Volk als Vorkämpfer zugeeilt, er hat dort wie hundert und tausend andere gewissenlos die Parolen der Stimmungsmache weitergegeben und gelogen. Da gab das Kriegspresseamt die

Belterpostel 1 Mandat. Bei den Reichswahlen 1917 hatten die Sozialisten 22, die Agrarier 27, die Jungsozialisten 23, die Christlichen 23 und die Schweden 21 Sitze erhalten.

Eine programmatische Erklärung.

Dresden, 18. März. Die Vertrauensleute der ober-sächsischen Gewerkschaften haben folgende Erklärung angenommen: In Erwägung dessen, daß den elementarsten Grundfragen der Arbeiterschaft mit Verleugrungszustand und Waffengewalt entgegengetreten wird, hierbei Menschen getötet und verwundet werden, worüber das von seinem Probst gebende, das Wirtschaftswissenschaftlich labietierende Unternehmertum jubiliert, in weiterer Erwägung, daß die gesamte Arbeiterschaft Ober-sächsischen mit Entsetzen und Grausen es von sich weist, auch nur im entferntesten den Grund zu geben, daß Proletariat gegen Proletariat kämpfen, in festerer Erwägung, daß nach Abschluß des Streiks in Mitteldeutschland und in Verein mit weiterer Streik unruhe Opfer an Gut und Leber auch an Blut werden würde, erklärt die Vertrauensleute:

Am Freitag, den 14. März wird die Arbeit wieder aufgenommen, mit dem Verständnis, mit allen gesetzlichen Mitteln der Agitation und Organisation dahin zu wirken, daß in absehbarer Zeit in Gemeinschaft mit der gesamten deutschen Arbeiterschaft der Kampf wieder aufgenommen wird, um die am 9. November begonnene Revolution weiter zu tragen und zur sozialen zu gestalten. Die Vertrauensleute beschließen ferner, daß nach Aufnahme der Arbeit in allen Gewerkschaften und Werken Ober-sächsischen Betriebsräte zu wählen sind, die die der Berliner Arbeiterschaft zugehörigen Forderungen auszuführen haben.

Mit Entschiedenheit weisen die Vertrauensleute die gegen sie erhobenen Angriffe der gesamten Presse zurück und lehnen jede Verantwortung für jegliches Blutvergießen ab, da, wie schon immer, so auch jetzt das Klassenbewußte Proletariat jegliche Anwendung von Gewalt auf sich selbst verurteilt. Die Vertrauensleute nehmen die Arbeit auf, getrieben von dem guten Willen, dem Sozialismus, was da kommt, zum Siege zu verhelfen und mit dem Verständnis, in Zukunft nur ordnungsmäßig beschlossene Bewegungen vorzunehmen und unverantwortliche oder durch das Kapital bedingene in die Schranken zu weisen. Sie werden eine Kommission wählen, welche mit den maßgebenden Adressaten folgende Bedingungen vorbringt: 1. Keine Maßregelungen der Streikenden; 2. Sofortige Freilassung der wegen des Streiks Verhafteten; 3. Räumung der Betriebe von militärischen Besatzungen; 4. Sofortige Aufhebung des Nachschubes und für Ober-sächsischen die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.

Der ehemalige Volksbeauftragte Barth hielt dann noch eine Rede und erklärte, daß Ertrag Amobendauer vom ober-sächsischen Berg- und Hüttenmännischen Verein ihm erklärt habe, daß in zwei oder drei Monaten die Kohlen doch zu liegen, da Kohlen und Material dann fehlen. Die Unternehmern hätten an der Kohlenförderung kein Interesse mehr. Die Wismarschicht müsse monatlich knapp 2 Millionen Mark, die Königs-Luisen-Grube 1 1/2 Millionen Mark zufließen. Soweit heute jedwells sei, daß diesen Werken der Streik gleichgültig sei, ob er bis Mai oder Juni dauere. Der Wunsch aller einsichtigen Elemente Deutschlands ist der, daß der sehr ausführliche Kampf aufgegeben wird.

Eine lakische Maßnahme.

Die Preussische Regierung veröffentlicht eine Verordnung, durch die eine Aufteilung der großen Familien Güter, der sogenannten Fideikommiss angeordnet wird. Durch dieses Vorgehen der Preussischen Regierung wird eine manchesterliche liberale Forderung, die unter dem heutigen Verhältnisse absolut realisationär wirkt, und keine sozialistische zu bewirklichen gesucht. Die Aufteilung der Fideikommiss liegt in seiner Weise im Interesse der Allgemeinheit, daß nach einer Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung verlangt. Diese Steigerung ist aber am ehesten zu erzielen im Großbetriebe, der durch Anwendung aller wissenschaftlichen und technischen Erfindungen nicht nur die Erzeugung zu heben vermag, sondern auch durch sein Vorbild die übrigen landwirtschaftlichen Betriebe günstig beeinflussen kann.

Wirkungen des Tabakgittes.

Die Schäden des Tabakgittes stellt eine Schrift des Verlags der Deutschen Tabakgegner zusammen. Dr. med. J. Berg: „Der Tabak und sein Geger.“ Besonders alle Jugendkinder seien auf dies sehr hingewiesen, in dem nachgewiesen wird, daß 2 1/2 bei Jugendlichen das gewohnheitsmäßige Rauchen den Brustkranke beträchtlich die Lungenschwäche sogar um die Hälfte mindert. Gerade auch der Unterernährung der Kriegsjahre und angesichts der noch lange währenden Knappheit unserer Lebensführung ist die Nikotinsucht steigend und verleiht die Bekämpfung des Rauchens. Die Vögel sind auch die mit Tabakpflanzen bebauten Flächen in Brandenburg, Schlesien, Ostpreußen besser für die Erzeugung von Rohstoffen zu verwenden. Erst die Erzeugung, dann der Verkauf der Tabakpflanzen. Tabak werden wir bald wieder importieren können, er kann auch die Fruchtlosen tragen. Bei Feldfrüchten sieht es anders!

Der Ausschuss der Deutschen Turnerschaft hat auf seiner letzten Tagung beschlossen: Die Deutsche Turnerschaft hat bei allen Veranstaltungen alles zu vermeiden, was einer Unmäßigkeit Vorwand liefert. In Betrieben und bei Turnstunden jeder Art sind Alkohol und Nikotin fernzuhalten. Auch wenn ein Verein im Wirtschaftsjahr turnt, darf während der regelmäßigen Turnstunden in Saal nicht geraucht und getrunken werden. Bei allen Veranstaltungen ist Jugendliche in der Nähe von Alkohol und Nikotin überhaupt zu verbieten. Was das bei dieser bürgerlichen Einsicht freuen, aber doch betonen, daß die Sozialisten bereits seit langen Jahren, aus politischen und kulturellen Gründen ausgehend, dem Alkoholkonsum den Kampf liefern, man erinnere sich des Schnapsbrennens und man darf darauf hinweisen, daß die sozialistische Jugend- und Turnbewegung im Gegensatz zu den Alkoholisten übergeordneter Trieb- und Willensleistung die Kraft mit Kulturformen erschaffen und zu begründen hat. Der Kampf ist nicht nur...

Es liegt auch abwärts sein höchstwertiger Grund vor, diese großen Güter zu zerstören. Es muß im Gegenteil mit aller Deutlichkeit verstanden werden, daß diese Güter ungeteilt erhalten bleiben und in die Hände der Allgemeinheit gelangen. Der Beginn der Sozialisierung der Landwirtschaft sollte damit erfolgreich einleiten.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Der Korrespondent der „Times“ in Paris meldet, daß die Kritiker sich bei den Verhandlungen in Brüssel, wo die deutschen Unterhändler am 12. März eingetroffen sind, durch General Demuyssere erklären werden, Deutschland im 1. September monatlich 300 000 Tonnen Getreide und 70 000 Tonnen Fett zu liefern.

Berner Bericht: Reuter aus Paris: Der englische Nahrungsmittelkontrolleur hat in einer Mitteilung an die Nahrungsmitteleinspektion in der Welt im allgemeinen in Bezug auf Nahrungsmitteleinspektion in der Welt geschrieben, außer etwa an Milchprodukten. In Bezug auf den Mangel an Schiffsraum sind Berichte englischer Konsuln in Deutschland sei ersichtlich, daß sich das deutsche Volk in einem Zustand der Hungernot befinde. Er könne nicht begreifen, wie das deutsche Volk sich so lange halten konnte, wie es der Fall ist. Es müßten Schritte unternommen werden, um die Lebensmittelversorgung nach Deutschland zu erleichtern, damit das deutsche Volk wieder gesunde.

Es unterliegt also keinem Zweifel, daß Deutschland die in Aussicht gestellten Lebensmittel bald erhalten werde.

Einsicht in England.

London, 18. März. Reuters Sonderkorrespondent beschreibt in einem Telegramm aus Berlin die durch den Lebensmittelmangel geschaffene verzweifelte Lage. Die Nahrungsmitteleinspektion sei jetzt der Zweck aller Arbeit. Wenn die Regierung die Lebensmittelversorgung verbessern und das Volk Arbeit bekommen könnte, würde die Lage noch gerechelt werden. Aber es handele sich jetzt nur um Tage. Der Korrespondent telegraphiert: Im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung erkläre ich, daß wenn Deutschland nicht erhebliche Lebensmittelmengen im Laufe des April erhält, es buchstäblich verhungern muß, und führt fort, die deutsche Regierung habe vor mehreren Wochen die Proklamation auf den deutschen Boden erlassen müssen, um die Produktion zu beschleunigen. Wenn man diese Aktion beibehalte, würden die Kornvorräte im Mai vollständig erschöpft sein. Ebenso notwendig seien bestimmte Rohmaterialien, um Deutschland zu ermöglichen, seine Arbeit fortzuführen.

Der bayerische Zentralrat über Sozialisierung.

München, 18. März. (M. T. S.) Der Zentralrat gibt über die Vollsozialisierung in Bayern bekannt:

Die Sozialisierungsmaßnahmen des Reichs sind nicht das, was eine entschlossene revolutionäre Gewalt durchzuführen muß. Es gilt nicht, soziale Teilhaberstellungen, es gilt den Sozialismus. Die Vollsozialisierung Bayerns nach umfassenden Plänen ist auf dem Marsche. Der Zentralrat will darum ein sozialistisches Zentral-Vereinsratsamt im Sinne der Vorstände Kranold-Reuter, Schumann mit weitgehenden Vollmachten errichten wissen, dem die Kommission für Wohnung, Ernährung, Aufklärung und Sozialisierung angegliedert werden können. In dem Zentral-Kontrollrat dieses Amtes sollen Arbeiter und geistige Arbeiter und Bauern einen ausgiebigen Einfluß auf die Sozialisierung erhalten. Da im benachbarten Reichstag Sachien von der Volkstammer ein Beschluß über Sozialisierung Sachiens angenommen wurde, hat der Zentralrat Bayerns sich heute mit folgendem Telegramm an den Zentralrat, an die Regierung und die Volkstammer Sachien gewandt:

„Der Zentralrat des Volksstaates Bayern will die Vollsozialisierung Bayerns. Er will die vollständige Kontrolle der Rohstoffe und Energieverwendung und über entsprechende Verteilung sofort mit aller Kraft in Angriff genommen wissen. Da die Vollsozialisierung des Volksstaates Sachien beschlossen hat, daß auch in Sachien die Produktion und Verteilung planmäßig nach sozialistischen Grundsätzen erfolgen soll, schlagen wir gemeinsame Arbeit zum Wohle der beiden Völker vor. Wir beantragen, sofort in Hof oder München eine Konferenz von Kennern der Sozialisierungsfrage aus beiden

Verdammten und einmütigen, erst recht im Uebermaß getroffen, der Sozialist aber braucht für seinen Kampf Klarheit und Stärke. P.

Die Gefahren der Holzsohlen.

Drachende Fußentartung der ganzen Jugend. In der Monatschrift für das Turnwesen macht Oberstabsarzt Prof. Dr. Kallisch auf die aus der Holzsohlen der Füße drohenden Gefahren aufmerksam. Die harten Holzsohlen sind ungesund, weil sie die Füße an der Anwendung aller Fußmuskeln hindern. Man kann mit ihnen nicht mehr auf den Fußspitzen gehen noch mit elastischem, wellenförmigem Gang die Sohlen ganz abrollen. Etwas würden Holzsohlen helfen, die aus mehreren gleichlaufend aneinandergereihten Stücken bestanden und nach der Sohlenform leicht gewölbt wären. Für alle, die Holzsohlen tragen müssen, vor allem die heranwachsende Jugend, ist es zur Vermeidung der Plattfüßigkeit unerlässlich, die Füße durch regelmäßige Übungen gelinde und kräftig zu machen und zu erhalten: ohne Holzsohlen, das heißt, in der Turnstunde und zu Hause. Bereits früher war die Plattfüßigkeit erfolgreich verhindert; die Kniekehlen der Knorpelknochen bewies das, daß die Plattfüßigkeit die ganze Jugend mit Fußentartung. Man kann also die Fußfüße jetzt gar nicht ernst genug nehmen! Kostentilg entwickeln sich auch die Verhältnisse bald so, daß wir hinreichend viel Leder und Kautschuk erhalten, um wieder zur normalen Schuhherstellung zurückkehren zu können, um unserer Kette, unserer Füße, unserer Gesäße willen! P.

Der Frachtwagen als Boot.

Erleichterungen des Umladearbeitens. Der Wiener Ingenieur Bräuer hat einen Frachtwagen gebaut, der ohne Anbindung auch die Weiterbeförderung zu Wasser erlaubt. Das Fahrzeug fährt an der Uferkante auf einem Gleise, das mit Wasser gefüllt ist. Der Wagen selbst schwimmt und ist von dem Ufer durch einen Korb getrennt. Um im Wasser als Boot zu fahren, wird durch eigene Motorkraft weitergetrieben. Es leuchtet ein, wieviel Zeit, Mühe und Kosten in der Umladearbeit durch die Vermeidung der Umladung, Überführung und Kraderhebung gewonnen, wieviel Arbeit erspart wird. Einer allerdings nicht ganz so weitgehenden und auch nur für den

Wassertransport von Kohlen bedieneren Übergangsmechanisierung bediente man sich mancherorts schon lange. Der in die Erzhäfen über durch Produktion befahren hat, sah, wie in den Endpunkten Lissa und Karol, den Verfrachtungshäfen der Eisenbahn von Lissa und Gelliberg nach Deutschland und England, die an den Fundamenten beladenen Landeis auf dem flachen Kanal aufschwammen. In Kohlenaufschichten hatte man oft ähnliche Einrichtungen. Jetzt sollen auch, wie Prof. Bräuer berichtet, für die Kohlenbeförderung zu Lande mechanische Rippen in weitem Umfange eingeführt werden. Sie sollten die Kohlen auf Bogenvorrichtungen an den Wohnumhüllungen. Diese lassen die Kohlen in die Verteilungsmoggen des Kohlenhandels fließen, so da hiebei Handarbeit fast ganz entfällt. P.

Berufene Ordnungshüter.

Am Sonntag nachmittag drangen Truppen in das Haus Karientstraße 28, hinter dem Langen, aus dem Hause sei geschossen worden, unvernünftig in verstreuten Wohnungen auf die bei ihnen stehende Art Hausdurchsuchung. So wurde in der Wohnung des Arbeiters A. gehandelt. In der Wohnung war nur ein Arbeiter anwesend, der sofort verhaftet wurde. Ein Scheibschuß wurde durch einen Mann geschossen und ein verletzter Arbeiter in der Wohnung und sah darin einen Grund, die Wohnung besonders schnell aus dem Hause zu räumen. Auch in anderen Wohnungen drangen die Mannschaften ein, fügten die Bewohner durch Schreien mit der geladenen Pistole. Als ein Mann des Hauses A. um 11 1/2 Uhr abends nach Hause kam, wurde er ebenfalls verhaftet, ebenso Herr A. selbst, der etwas später von einem Ausgänger zurückkehrte. Ein ansehender angesehener Nachbar wurde ebenfalls mit Verhaftung. A. wurde zum Totenkrieg gezwungen. Am 12. März wurde A. nach sorgfältiger Prüfung der in seiner Wohnung beschlagnahmten „Waffen“ aus der Haft entlassen. In sein Heim zurückgeführt, erdachte er bei näherer Betrachtung des von der Hausdurchsuchung beschlagnahmten Gegenstandes, daß ein Frachtwagen aus seiner Wohnung und aus der Straße seines Mieters ein Eisen Seife gestohlen worden waren. Am nächsten Morgen erdachte er ferner, daß aus einem Hof, der auf dem Hof der Straße, alle seine Papiere sowie die Papiere seines in englischer Gefangenschaft befindlichen Sohnes verschwinden waren. Gendarmen, denen der Vater seinen Namen bekannt machte, erklärten ihm, daß die Papiere auf der Straße an eine unbekannte Person verkauft hätten. A. hat den Vorgang dem Polizeivater in der Karientstraße 22 gemeldet.

Palästina den Juden!

Berlin, 18. März. Die „Jüdische Rundschau“ vom 11. März bringt in einer Londoner Nummer einen Bericht des englischen Konsulatsberaters Dr. Weigman über die Verhandlungen der Balfour-Kommission in Paris mit der jüdischen Delegation. Danach ist die Forderung der jüdischen Nationalen Heimstätte in Palästina von den Vertretern Englands, Frankreichs, Amerikas und Japans auf der Konferenz angenommen worden und die jüdischen Forderungen einer Kommission zur Bearbeitung der Angelegenheiten überwiesen worden. Diese Kommission sind die wesentlichen: Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina unter Garantie des Völkerbundes, England als Mandatar dieses Völkerbundes soll die Erfüllung einer jüdischen Selbstregierung durch weitestgehende Maßnahmen in die Wege leiten.

Der internationale Völkerbund.

Bern, 12. März. (M. T. S.) In der Vormittags Sitzung des Internationalen Völkerbundrates wurde ein Antrag Nikolai (Deutschland) angenommen, in dem angefordert wird, daß die entscheidenden Kriegserklärungen von den Zentralmächten ausgegangen seien; gefordert wird, daß die Schuld an der Entfesselung und Verlängerung des Weltkrieges von einem deutschen Tribunal unter Vorlegung sämtlicher in deutschen Archiven befindlichen Dokumente unter sucht und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Am weiteren Verlauf der Sitzung begründete Frau Weiss (Deutschland) eine Resolution über die politische Gleichberechtigung der Frauen einschließlich der Wahl in die obersten Behörden, auch in diejenigen der auswärtigen Politik, sowie Hinzuziehung der Frauen zum Friedenskonferenz. Die Resolution zur Verwirklichung dieses Beschlusses ist die Verwirklichung der Resolutionen ein Ziel, dessen, was vor dem Weltkrieg von den einzelnen Ländern dafür ausgegeben wurde. Ein Antrag auf Einführung von Völkerbund-Prüfungstruppen wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag angenommen, nach dem fünftausend Mann gegen seinen Willen

Massentransport von Kohlen bedieneren Übergangsmechanisierung bediente man sich mancherorts schon lange. Der in die Erzhäfen über durch Produktion befahren hat, sah, wie in den Endpunkten Lissa und Karol, den Verfrachtungshäfen der Eisenbahn von Lissa und Gelliberg nach Deutschland und England, die an den Fundamenten beladenen Landeis auf dem flachen Kanal aufschwammen. In Kohlenaufschichten hatte man oft ähnliche Einrichtungen. Jetzt sollen auch, wie Prof. Bräuer berichtet, für die Kohlenbeförderung zu Lande mechanische Rippen in weitem Umfange eingeführt werden. Sie sollten die Kohlen auf Bogenvorrichtungen an den Wohnumhüllungen. Diese lassen die Kohlen in die Verteilungsmoggen des Kohlenhandels fließen, so da hiebei Handarbeit fast ganz entfällt. P.

Erfolgreiche Tuberkulosebekämpfung.

In der „deutschen medizinischen Wochenschrift“ berichtet Prof. Kraus von der Tharvis, daß die Kochschenkeln von 23 vor 5 Jahren mit lebenden Schilddrüsenabschnitten behandelten Kranken günstige Erfolge ergeben habe. (Kochschenkeln Tuberkulosemittel.) P.

Kunstkalender.

Die Volkshäuser, Theater am Völkertag, müssen heute Freitag, den 14. März, ihre Vorstellungen nach erzwungener geographischer Pause mit Georg Kaiser's „Was“ wieder auf. Auch am Sonnabend gelangt Frau Kaiser's „Was“ zur Darstellung. Das Komödientheater verleiht die Aufführung von Rodolphe Schürer's „Der Feldherrnhügel“ auf dem 19. März. Walter Hasenclever's „Antigon“ wird nach der erfolgreichen Aufführung in Frankfurt a. M. auch in Berlin, München, Hamburg, Wien und anderen Städten in Szene geben. — Das neueste Bühnenwerk des Autors „Die Menschen“ ist im Verlag von Cassirer schon erschienen. Im gleichen Verlag erschienen auch die beiden letzten Werke von Walter Hasenclever's „Die Welt“ und „Die Welt“.

zum Töten gezwungen werden soll. Ferner wurde ein Antrag auf Einschränkung der Waffen auf das zur polizeilichen Sicherung der Meere nötige Maß und die Forderungen auf Freiheit der Meere angenommen.

In der Nachmittags-Sitzung fanden Besprechungen über die internationale Gerichtsbarkeit und eine Diskussion unter den Vertretern der kleinen Nationen statt, wobei Frau Vukob (Griechenland) auf die Vergewaltigung durch die Entente, Dr. Vopshof (Rettland) auf die deutsche Gewaltpolitik gegen Vettland und der Vertreter Rumäniens auf die Ausnützung Bulgariens durch die englische Annapolispolitik hinwies.

Bern, 13. März. Die heutige Vormittags-Sitzung des internationalen Völkerbundkongresses beendigte zunächst die Diskussion über die internationale Jurisdiktion durch einhellige Annahme des Kommissionsantrages Vukob de Sona, wonach die dem Völkerbund vorbehaltenen Verwaltungsberechtigungen durch Sachminderungen zu erleichtern sind, die das Völkerparlament auf Vorschlag des Verwaltungsrates ernannt und deren Ausführung es kontrolliert. Nach längerer Debatte über die Nationalitätsfragen wurde der Antrag, von einer juristischen Definition des Begriffes Nationalität abzusehen, mit 16 gegen 9 Stimmen angenommen. In der Debatte über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen wurde der Antrag angenommen, der keine Majoritätsentscheidung wünscht. Das weitere Komitat, Schluß der nationalen Vorkonferenzen, schied auf Antrag Komitats (Österreich) aus der Diskussion aus, um erneut überarbeitet zu werden. Graf Montgelas gab folgende Erklärung ab: Die deutschen Delegierten hatten sich mit dem Organisationskomitee geeinigt, eine Erklärung zur Schuldfrage abzugeben. Auf Wunsch des Organisationskomitees wurde die Abgabe dieser Erklärung verschoben, bis die Delegierten aller Länder anwesend sind. Nachdem der Kongreß zu Ende geht, ohne daß diese Vorbedingung des Organisationskomitees erfüllt ist, erklären wir, daß wir besonders die Abwesenheit der belgischen und luxemburgischen Delegierten bedauern, um ihnen mitzutheilen, daß wir die Verletzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs ebenso bedauern, wie die Verletzung anderer neutraler Rechte. Die Resolution über die ethischen Grundlagen des Völkerbundes wurde nach dem Referat des Herrn Gysin (Schweiz) mit einem Zusatzantrag Helene Söder (Deutschland) angenommen, der die ethische Grundlage des Völkerbundes vor allem in der Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Menschenlebens erblickt. Die Resolution bekräftigt die Ausdehnung des allgemeinen Gittengesetzes auf die Völker, verlangt Sicherheit und Gewissensfreiheit auf allen Gebieten und empfiehlt zum Zweck der Verwirklichung der ethischen Grundlagen in der Politik die Einsetzung eines Kollegiums, das bei internationalen Streitigkeiten Gutachten prinzipieller Natur abgibt.

Groß-Berlin.

Welche Zeitung soll ich lesen?

Mit dem Zusammenbruch der Nichtenberger Greuelnachrichten über die angeblich von Sportfakten begangenen bestialischen Mordtaten an gefangen genommene Polizeibeamte ist die gesamte bürgerliche Presse mit Einschluß des „Vorwärts“ gerichtet. In großen Lettern als Ueberschrift verstanden diese Blätter in riesiger Auflage ihren Lesern, was für Unmenschen hier im Alten Berlin ihr Wesen getrieben haben und sie trugen damit in der ersten Gemüter der Einwohnererschaft eine noch größere Stehbirne. Bald sickte sich heraus, daß diese Greuelnachrichten zum mindesten stark übertrieben waren, und es scheint fast, daß an den ganzen Erzählungen, die mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem ganz bestimmten Zweck in die Presse lanziert wurden, überhaupt nichts Wahres ist. Jeder anständige, rubig urteilende Mensch muß sich mit Ekel von diesem Gebaren abwenden und man kann auch jetzt überall urteilen hören, daß die Zeitungen an der Aufpeitschung der Leidenschaften die Hauptschuld tragen.

Wir möchten an die hinter uns liegende Kriegszeit erinnern. Wurde da nicht in derselben Weise gehandelt und stand nicht fast die gesamte Presse dieser Dinge zur Verfügung? Der Unterschied zwischen damals und jetzt ist nur, daß es damals der „äußere Feind“, besonders der Engländer, war, gegen den sich die Hege richtete, während es heute gegen den „inneren Feind“, gegen Spartakus, geht. Spartakus ist der schwarze Mann, womit man kleine und große politische Kinder graulich macht. Jene Indifferenten, die kaum den Namen „Spartakisten“ auszusprechen vermögen — man hört ihn in allen Variationen nennen — stellen Spartakus und mehrfache Bombenmörder auf eine Stufe. Verbrecher werden nicht mehr von Verbrechern begangen, sondern nur noch von „Spartakisten“. So lautet das Urteil vieler Leute. Warum sollen sie es nicht glauben? Ihre Zeitung sagt es ihnen ja täglich zweimal, in der Morgens- und in der Abendausgabe. Und dazwischen betauert es ihnen dann noch ein Mittagsblatt und noch ein anderes Abendblatt, das man sich für 10 Pfennig kaufen kann und dadurch den Eintrittspreis für ein Kino erspart, wo ebenfalls nur Schauerromane die Herzen fesseln.

Mit gegen diese vom kapitalistischen Geist und fetten Soldatendünkel vergiftete Volkspolizei nichts zu machen? Soll dieser Massenwahnwitz kein Ende nehmen können? Wir glauben doch. Was hält Euch ab, solche Zeitungen, die unter der angeblich volksfreundlichen Maske ihre verzerren, volksfeindliche Maske verbergen, nicht mehr zu unterstützen? Und mögen sie technisch und journalistisch noch so sehr einem anderen Blatt voraus sein: die Hauptfache ist Gründlichkeit und Bewusstseinshaftigkeit. Eine gewissenhafte Zeitung hat die Pflicht eine Nachricht lieber 24 Stunden später zu bringen, aber sie vorher auf ihre Wahrheit nach Möglichkeit zu prüfen. Eine Zeitung, die das nicht tut, die glaubt, von der Sentation leben zu können, die unterstützt man nicht, die kommt nicht über die Schwelle unseres Hauses. Jeder einzelne, dem an einer reinlichen Presse gelegen ist, kann helfen, sie zu schaffen. Er werfe die Lügenpresse hinaus und abonniere auf ein anständiges Blatt. Das ist die beste Erziehungsmethode. Versucht einmal! Agitiert gegen die Doppelpresse, schmälert ihre Einnahmen! Dann wird sie sich die Lektion merken und schreiben, wie es einem anständigen Blatte geziemt.

Ein praktisches Beispiel, wie es zu machen ist, gab eine am Dienstag, den 11. März, in den Ritz-Beisälen, Schönhauser Allee, tagende Versammlung des Betriebspersonals sowie des technischen und Oberleitungspersonals vom Bahnhof 19 der Großen Berliner Straßenbahn. Die Versammlung beschloß, die bürgerlichen Blätter wegen ihrer heftigen Artikel gegen die Straßenbahner aus ihren Reihen zu entfernen und bei den anderen Kollegen dahin zu wirken, aus den angeführten Gründen das Gleiche zu tun.

Waffenfische.

Die Suche nach Waffen wird nach Stadtteleksten fortgesetzt. Gestern wurden die Straßen am Nordplatz abgesehen. Haus vor Haus, Wohnung vor Wohnung wird revidiert. In einer ganzen Anzahl von Fällen wird in der rigorosesten Weise vorgegangen. Die Wohnungsinhaber werden erkräftigt, indem Soldaten mit vorgehaltenem Revolver in die Wohnungen eindringen. Und wie wird in den

Revolutions-Sammlung

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Proletariat! Falsche Freunde verraten die Revolution! Militaristen und Kapitalisten bedrohen sie! Helft uns, den Kampf dagegen zu führen! Schützt die revolutionären Errungenschaften! Fordert die Fortführung der Revolution! Kämpft für die Durchführung des Sozialismus! Stärkt unsere Organisationen, die dafür eintreten! Werbt für unsere Presse, die Aufklärung bringt und Euch Waffen liefert zum Kampfe! Führt Organisation und Presse die nötigen Mittel zu! Gebt freudig und gern!

Zeichnet auf unseren Sammelkarten! So schützt Ihr die Revolution und sichert ihren Fortgang! Die Zentraleitung der U. S. V. D., Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Tr.

Wohnungen gehaust. Alles wird durcheinandergeworfen in einer Weise, daß die frühere politische Polizei anständig dagegen war. Was gefunden wird, wird mitgenommen. Alle Windbüchsen und Andenken aller Art, alles wird beschlagnahmt. Personen werden verhaftet, ihre Pöbel ist Legion. Die Behandlung des Publikums schreit zum Himmel. Recht gibt es nicht mehr. Willenslos muß sich jeder alles gefallen lassen. So etwas war noch nicht da. In den vom Krieg heimgesuchten Gebieten kann es nicht schlimmer hergegangen sein, wie jetzt nach der Revolution in der sogenannten sozialistischen Republik. Aus den Betten werden Unschuldige geholt und wegen nichts glatt erschossen. Das Blut kreist zum Himmel. Dafür hat das Proletariat in den Novembertagen sein Alles eingesetzt, damit eine sozialistische Regierung, die von dem revolutionären Proletariat ihre Ämter empfangen hat, die Bevölkerung niedermetzelt. Die Drahtenflag wird aufgehen.

Aufforderungen zum Pogrom.

An allen Strahenden Berlins fliehen wiederum Plakate der Liga zur Bekämpfung des Bolschewismus. Sie stellen das Schrecklichste dar, was sich diese Gesellschaft bisher an Geldmordverrichtung geleistet hat. Auf den Plakaten wird ein Mann von riesenhafter Größe und mit tierischem Gesichtsausdruck dargestellt. Er beugt sich über einen halb am Boden liegenden Menschen, um diesem die Gurgel abzuschneiden. Ein anderer liegt bereits am Boden in einer rohen Blutlache. Das Plakat trägt die Ueberschrift: Spartakus an der Arbeit.

Der Gesellschaft, die diese Bilder plakatiert, ist anscheinend noch nicht genug Blut geflossen. Indem sie Spartakus als gemeinen Mörder darstellt, gibt sie ihn der Doffentlichkeit als vogelfrei preis. Diese Plakate steigern im Verein mit den Greuelnachrichten der bürgerlichen Presse die vorhandene Pogromstimmung noch mehr. Ja, sie stellen eine direkte Aufforderung zum Pogrom gegen Spartakus dar. Auf das Konto dieser Gesellschaft fällt daher ein Teil der Schuld an jenen Schrecklichkeiten, die in den letzten Tagen in Berlin verübt worden sind. Und derartige Erzeugnisse einer verwilderten Phantasie werden ausgerechnet unter einer sozialistischen Regierung verbreitet!

Von der Neuföllner Republikanischen Soldatenwehr.

Ueber die Neuföllner Republikanische Soldatenwehr sind die verschiedensten Mitteilungen verbreitet worden. Zur Klärung erhalten wir im Rahmen der Kameraden der Wehr folgende Zuschrift mit der Bitte um Abdruck:

Durch eine Bekanntmachung an den Anschlagständen sowie Berichteten einiger Zeitungen, wird die Schuld an den traurigen Vorgängen in Neufölln den Mannschaften der dortigen R. S. V. untergeschoben und diese selbst als Reuterer und Plünderer hingestellt. Gegen diese unwahre Verleumdung protestieren die Mannschaften aufs energischste und stellen folgende Tatsachen fest: Von einem „Verjonen“ der Neuföllner Truppe kann absolut keine Rede sein, da es zu dem Tage des Eingeges der fremden Truppen oblige Ruhe in Neufölln herrschte und insolge dessen auch kein Grund zu irgendeiner Aktion vorlag. Dies wird von allen rechtlich denkenden Neuföllnern restlos anerkannt. Weiter kann von einer Reutererei oder Plündererei aller Mannschaften keine Rede sein, da sich fast 1/2 davon auf Wache befanden. Die Schuld an den traurigen Vorgängen kann einzig und allein nur den gewissenlosen Depottführer Frh Schulz treffen. Bei Verhandlungen mit dem Neuföllner Volkstrübenführer D. Kappich und dem Kommandeur der Eingekerkerten Truppen einerseits und einer Abordnung der R. S. V. andererseits, ist festgestellt, daß Schulz, nachdem er alle Mannschaften bis auf eine geringe Zahl aus der Kaserne am Herzbergplatz entfernt hatte, zweimal bei dem in Frh weilenden Kommandanten angeklagt hat, es wäre jetzt Zeit zu kommen! Er selbst hat während dieser Zeit die zurückgebliebenen Mannschaften aufgeföhrt: „zu nehmen, was sie kriechen können.“ Durch einen Zufall lehrte eine ausgerückte Truppe zurück und wurde schon am Herzbergplatz von dortigen Einwohnern empfangen mit dem Rufe: „In eurer Kaserne wird geplündert!“ Zugleich saßen sie Kameraden und Zivilisten schwer beladen laufen, welche bei ihrem Anblick zu flüchten suchten. Dabei entstand leider die erste Schießerei am Herzbergplatz, wobei zwei Kameraden verwundet wurden. Einu ganzig der schon genannten Kameraden erklärten, daß Schulz sie zum Stehlen aufgefordert habe. Daß dieser die Sache vorbereitet haben mußte, geht daraus hervor, daß Frauen und Zivilisten bestohlen waren, welche außerdem Waren massenweise weggeschleppt haben. Das belanden die dortigen Einwohner. Ob Schulz Verant an der Stadt Neufölln geht und dafür bezahlt ist, und wieweit sich seine Schuld in den übrigen Taten erweist, wird hoffentlich bald festgestellt werden. Wunders muß man sich, daß Schulz, der, wie leider erst jetzt bekannt wird, mehrmals verurteilt sein soll, solange Depottführer sein konnte. Schon dies beweist, daß die Masse der Kameraden des Depots 12 keine Ahnung von den Mordtaten ihrer Führer hatte, da sie nie mit ihnen in Berührung kam. Die Mehrzahl

der Kameraden waren anständige, wehrereifere Männer, welche nur zum Dienst in die Kaserne kamen und ihre Pflicht das zuletzt erfüllt haben. Festgestellt muß aber werden, daß man die Kameraden, nachdem man sie durch den von unbekannter Seite inszenierten Arbeitseinsatz gemacht hat, noch tagelang auf die ausliegende Wohnung warfen ließ und ihnen die ausgemachte 10jährige Strafbüchse einfach verweigerte. — Dies der wahre Sachverhalt, dem Urteil aller anständig Denkenden unterbreitet. Für Taten einer Minderheit, soll man nicht die Masse verantwortlich machen und Unbeteiligte verurteilen.

Ein unterschämter Gutsvorsieber.

Wir erhalten eine Zuschrift, aus der hervorgeht, daß der Gutsvorsieber Ringel in Friedrichshagen, Niederlausitz, am 13. Februar einem heimgesetzten Soldaten die Ausbändigung der ausstehenden Lebensmittellisten verweigerte mit der Begründung: „Für Soldaten mit roten Kofarden hätte er keine Lebensmittellisten. Es wäre begoten, rote Kofarden zu tragen.“

Der Mutter des Soldaten, die am gleichen Tage antlich mit ihm zu tun hatte, sagte er dann noch:

„Sie sind doch die, wo der Soldat mit der roten Kofarde nach Lebensmittellisten hier war? Der braucht nicht eher kommen, bis die rote Kofarde herunter ist. Und übrigens, wenn ich nicht als Gutsvorsieber wüßte, was ich täte, dann schlage ich ihm ein ins Gesicht. Die rote Kofarde gehört für die Lumpen.“

Diese absonderliche Unverschämtheit des Herrn Gutsvorsiebers, die durch mehrere Jungen festgestellt ist, bedeutet einen A mit sich brach, der nicht nur unerhört, sondern wirklich kraßbar ist. Der ganze Fall zeigt deutlich, wie notwendig die U- und S-Blatte sind zur Kontrolle pflichtverweigerer und übermüßiger Verwaltungsbürokraten. Hoffentlich weiß in diesem Fall der zuständige U- und S-Mat, was er zu tun hat.

Höchst lebenswert.

Eine bürgerliche Korrespondenz schreibt: „Höchst lebenswert“ ist das Schöne Friesenwälder Straße 12 an der Frankfurter Allee, das von einer großen Mine getroffen worden ist. Das Gebäude traf das 3. Stodwerk und riß dieses mit dem zweiten Stock in die Tiefe. Möbel usw. rutschen mit samt der Fassade auf den Strahendam, während die vierte Etage oben in der Luft in der alten Lage hängen blieb. Von dem gewaltigen Luftdruck sind im Gebäude Friesenwälder Straße 11 und Nr. Friesenwälder Straße 13 fast sämtliche Fenster zertrümmert.

Wahrlich, höchst lebenswert. Aber es fällt dem bürgerlichen Reporter gar nicht ein, dieser Schädigung auch nur eine Zeile des Wutgeschrei gegen diese wilde Beschädigung zu schreiben. Das ist typisch für jene Berichterstattung, die selbst in tausend Stellen nichts zu sagen weiß, was auch nur eine Spur menschlichen Denkvormögens verrät.

Dr. Ernst Meyer. Die Nachricht, daß der Redakteur des „Roter Bohrer“, Ernst Meyer, erschossen worden sei, verläßt nach unserer Information glücklicherweise auf einem Festum. Dagegen ist die Meldung der „Börs. Zig.“, daß außer Leo Jöglicher noch ein zweiter bekannter Kommunist erschossen sei, noch immer nicht aufgeklärt.

Wenn man einen Koffe-Kaufmann will. Uns wird geschrieben: Am Dienstag, den 11. März, wurde ich, als ich mich zu meiner Arbeitsstätte begeben wollte, von den Posten am Landberger Tor, Büsching, Wein, Georgenpark- und Varnhimerstraße nicht durchgelassen, da ich keinen Koffe-Kaufmann hatte. Die Posten schickten mich zum Grand-Hotel, Alexanderplatz. Der diensthabende Kellnermeister und Vahoffmeister erklärte sich für unzuständig, verwies mich zur Kommandantur. Ob- und hergeschickt, kam ich endlich 11 1/2 Uhr zur Kommandantur. Hier standen bereits etwa 600 Menschen, die alle nicht zur Arbeit gehen konnten, da sie keinen Ausweis hatten. Die passierten Posten machten meiner und aller übrigen Mißmut vom Ausweis abhängig. Nun hieß es warten. In Anbetracht, daß es Notwendigkeit war, einen Ausweis zu besitzen, mußte man sich eben fügen. Die dort wartenden Personen und auch meine Wenigkeit fanden es nicht richtig, daß nur diese eine Stelle, die außerhalb nur auf grauem Umwege erreichbar war, die Schiene ausstellen durfte. Auch dieses wurde schließlich noch gezwungen. Aber die Schreiber, alles 17 bis 18jährige junge Menschen, fanden während der Dienstzeit auf dem Balkon und amüsierten sich über das wartende Publikum. Das Publikum, während Arbeit, sah wohl ein, daß die jungen Menschen kein Verständnis über den Unwillen hatten. Diese wissen leider noch nicht, was es heißt Arbeit verdammen müssen, solcher „Posten“ wegen. Nebenartanten wie „eh der Beute den Schein bekommt, haben wir eine neue Regierung“ usw. waren an der Tagesordnung. Anstatt sich nun mit der Arbeit zu beschäftigen, fanden die Herren auf dem Balkon. Um 4 Uhr erschien das „Tageblatt“, Abendausgabe und brachte den neuesten Ertrag, d. h. um 7 Uhr von der Straße der Vahoffposten. Die hierdurch geschickte Wut des Publikums amüsierte die jungen Herren derartig, daß sie um 4 Uhr zehn Minuten des Tor schlossen und riefen: „Gute Nacht wie Friesenwälder.“ Wer einen Schein haben will, kann morgen wiederkommen.“ Also fünf Stunden unruhig gewartet. Verhört und verläßt von der jungen Garde. Den Rückweg mußte ich, wie viele Leidensgenossen, auf diesem Umwege machen. Sollte nun wieder einmal, was jedoch hoffentlich nicht mehr eintreten wird, ein Ausweis nötig sein, dann müßte mit dem Ertrag auch gleich Vorzeige getroffen sein, daß das Publikum auch diese Schiene erhalten kann, z. B. durch die ausländischen Polizeibehörde. Ich bin der Meinung, daß es staatsbar wäre, derartig Vorkommnisse und Ueberhebung einzelner zum Schaden der arbeitenden Bevölkerung mit Entschiedenheit zu beseitigen.

Der Schreiber obiger Zeilen hat sehr recht. Wenn schon Ausweise nötig sind, sollte die Erlangung derselben so leicht wie möglich gemacht werden. Man sieht aber, was Gegenstand ist der Fall. Es ist unerhört, wie mit ungeschicklich wird.

Den Arbeitern der Anorenbremse zur Mitteilung, daß am Montag, den 17. März die Arbeit, wie üblich, wieder aufgenommen wird. Dies teilt der Arbeitererrat mit.

Abendkurse an der staatlichen Baugewerkschule in Neufölln. Im kommenden Sommersemester werden an der staatlichen Baugewerkschule in Neufölln Abendkurse eingerichtet, um Bauhandwerker und Vermessungstechniker neben ihrer praktischen Tätigkeit noch Gelegenheit zu einer beruflichen Weiterbildung zu geben. Der Unterricht, der Ende April d. J. beginnt, umfaßt nur technische Fächer und besteht aus Fachvorlesungen und Facharbeiten. Je nach den Wünschen und der Teilnehmerschaft kann in den Kursen ein besonderer Unterricht für mathematische Fächer und Eisenbetonbau aufgenommen werden. Die Teilnahme an einem der Abendkurse wird von der Art des Berufes und der Verbindung dem Unterricht mit Erfolg folgen zu können, abhängig gemacht. Aufgenommen können jedoch nur solche Personen werden, die nicht fortbildungsschulpflichtig sind. Die Anmeldestellen werden demnächst bemessen, daß auch den Minderbemittelten die Teilnahme ermöglicht wird. Ueber allen Dabern wird die Baugewerkschule jederzeit Auskunft erteilen.

Aus den Organisationen.

Stufen. Die Verrockerung der U. S. V. findet am Donnerstag, den 13. März, um 7 Uhr, im Lokal von Gndig statt. Wegen wichtiger Tagesordnung erscheinen aller Genossen und Genossinnen notwendig. Der Vorstand.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Neufölln. — Verlagsbesonnenhaft: „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Kundendruckerei und Verlagsbesonnenhaft m. b. H., Schiffbauerdamm 12.